

Nach den Erläuterungen der Verwaltung zur geplanten Änderung der Anliegerbeiträge für straßenbaulichen Maßnahmen, werden seitens der BfM, SPD und UWG Zweifel geäußert hinsichtlich der Verfügbarkeit der Fördermittel, dem damit verbundenen Risiko, dass am Ende doch Bürgerinnen und Bürger die erhöhten Beitragssätze zahlen müssen und dem Handlungsbedarf zum jetzigen Zeitpunkt.

Statt der Durchführung einer Sitzungsunterbrechung, wie von der SPD-Fraktion beantragt, schlägt die Verwaltung vor, den Fraktionen im Nachgang zur Sitzung eine Übersicht über alle straßenbauliche Maßnahmen - die durch die Förderung gedeckt oder nicht gedeckt werden - und weiteren Erläuterungen - die aufgekommene Fragen beantworten sollen - zur Verfügung zu stellen und in der heutigen Sitzung keinen Empfehlungsbeschluss zu fassen.

Dem Vorgehen wird zugestimmt.